****

**Farm to fork – Grüne Revolution - und wer bezahlt?**

Der green deal der EU dürfte vielen Bürgern, besonders in den landwirtschaftsfernen Großstädten, gefallen. Das sind Bürger mit hohem Wohlstandsniveau, die ihre romantischen Vorstellungen von Landwirtschaft träumen. Und von der Wirklichkeit der landwirtschaftlichen Praxis keine Ahnung haben.

Um es bewußt provokativ zu formulieren: Letztendlich stören Landwirte, die Getreide, Gemüse, Obst, Fleisch, Wein produzieren in der Umwelt. Und noch weiter gedacht: Entvölkert man Großstädte und überläßt sie der Natur – dann wird man in 500 Jahren verlassene Städte im Urwald wie die der Inka entdecken. Damit hätte man die Abholzungen und Regenwaldplünderungen in Lateinamerika kompensiert. Wenn also Landwirtschaft stört, müßte man sie zu Wirten in Sachen Biodiversität machen – staatlich bezahlt. Ach, wie populistisch. Adé freies landwirtschaftliches Unternehmertum. Wer wird das Konzept der EU bezahlen? Landwirte können diese Kosten nicht stemmen. Warum auch sollen sie? Keine Antwort darauf, wie Bürgern höhere Konsumgüterpreise auf Grund geringerer Anbaufläche, höherer Kosten und niedrigerer Erträge vermittelt werden. Kein Konzept in Sicht, wie Landwirte mehr an der Wertschöpfungskette partitipieren – erst dann könnte man zu Recht sagen Vom Hof zum Teller.

Unbeantwortet weiterhin, wie die Bevölkerung der EU künftig mit verringerter Anbaufläche, mit geringeren Erträgen, mit höheren Tierhaltungskosten ernährt werden soll. Und erst keine Antwort darauf, was die europäische Landwirtschaft mit bevorzugtem Standort zur Ernährung der hungernden Weltbevölkerung beitragen kann und muß. Ernährungssolidarität adé?

Es ist symptomatisch, daß der EU-Agrarkommissar für Landwirtschaft in diese Vision nicht eingebunden zu scheint. Farm to fork ist ein „Wünsch-dir-was“ Papier ohne Folgen- und Kostenabschätzung.

Die Restriktionen und Einbußen wird Otto-Bauer nicht verkraften können. Überleben werden eher Großbetriebe mit unternehmerischem Hintergrund – also die ach so ungeliebten und angefeindeten Investoren mit Mangement-know-how und Kapitalstärke. Wozu also noch ein Grundstücksverkehrsgesetz? Es behindert nur die Entwicklung leistungsfähiger Landwirtschaftsunternehmen die mit den EU-Restriktionen leben können und eigene Konzepte der Teilhabe in der Wertschöpfungskette entwickeln und umsetzen.

Der Ruf der Landwirte nach finanzieller Kompensation kommt. Denn sie gieren traditionell nach Subventionen, Ausgleichszahlungen, Stützungszahlungen. Je intensiver sie am Tropf der EU und der Länder hängen, desto ungehemmter nehmen die Geber Einfluß auf die Empfänger – keine andere Branche wird derart reguliert und politisch dominiert. Bauernverbände sind keine gleichwertigen Partner in der Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Ihnen fehlen finanzielle Mittel und bezahlte Topprofis. Allein die NGO Bund eV. weist in der Bilanz 2018 Mitgliedsbeiträge und Spenden in Höhe 24,6 Mio aus. Mit Spenden erkaufen sich Unternehmen und Konzerne einen Ablaß. Die Stiftung Wartentest stellte vor Jahren fest, daß viele Umwelt- und Tierschutzorganisationen Provisionen für Mitglieder- oder Spendenwerbung zahlen. Wer denkt da nicht an Luther?

Man darf sich nicht wundern, daß die EU über die Köpfe der Landwirte hinweg und ohne professionelle Sparringspartner Maßnahmen ausschließlich auf Kosten der Landwirte plant.